

PRO UND KONTRA

«Doppeltes Nein ist ein äusserst gefährlicher Weg»

Josef Eberle: «Die Regierung hat sich den Weg in der Konsensfindung nicht leicht gemacht und hat den Verhandlungsspielraum ausgeschöpft. Aus meiner Sicht konnte sie keinen anderen Weg finden.» Mit diesen Worten begründete gestern Josef Eberle sein «Ja» zur fürstlichen Verfassungsinitiative im leidgehen Verfassungsstreit zu finden. Hart ins Gericht ging Eberle mit der offiziellen Parteilinie der VU: «Die VU geht mit der Empfehlung des doppelten Neins einen äusserst gefährlichen Weg. Nichts wäre mehr wie vorher.»



«Es geht sehr wohl um den Fortbestand der Monarchie»

Hansjörg Marxer: Der frühere Präsident der FBP, vertrat die Meinung, dass es bei der Abstimmung im März um mehr geht als um die Zustimmung oder die Ablehnung des fürstlichen Verfassungsvorschlags: «Es geht um die Ausgestaltung der Staatsform. Wenn diese Ausgestaltung eine Fassaden- oder Folkloremonarchie zum Ziel hat, ist dies mit einer Abschaffung der Monarchie gleichzusetzen. Insofern stimmen wir im März sehr wohl über den Fortbestand der Monarchie ab.» Marxers Votum wurde übrigens von Markus Vogt vorgelesen, da Marxer aus gesundheitlichen Gründen nicht persönlich anwesend sein konnte.



«Kalt den Rücken runter»

Georg Schierscher: Schierscher erinnerte die Zuhörer daran, dass die Verfassung «ein Vertrag zwischen zwei Partnern ist, mit dem Zweck, auf der Basis gegenseitigen Vertrauens gemeinsam für das Wohl des Volkes zu sorgen». Schierscher kreierte dem «Partner» Fürst Hans-Adam II. vor allem seine Thronrede vom 13. Februar an. «Mit meiner Geisteshaltung gehöre ich zu jenen Tausenden, die gemäss der Thronrede politisch und sozial wieder integriert werden müssen – wie vor gut 50 Jahren.» Ihm, so Schierscher, laufe es bei solch einer Anspielung «kalt den Rücken runter». Sein Fazit: «Die Friedensinitiative ist eine Konkretisierung dessen, was unter heutigem Demokratieverständnis zu verstehen wäre.»



«Eine Machtdemonstration»

Thomas Büchel: Für ihn, so Thomas Büchel, sei die Fürsteninitiative kein echter Kompromiss, da sie auf eine mit Drohungen verbundene Machtdemonstration basiere. Zudem sei sie, wie Büchel festhielt, kein Fundament für eine gemeinsame Zukunft, da sie Parteien, Freundschaften und Familien spalte. «Ich sehe darin auch keinen Garant für den Erhalt der dualen Staatsform. Die Staatsgewalten verschieben sich zu Gunsten der monarchistischen Seite», argumentierte er weiter. «Ich bin nicht antimonarchistisch, ich bin nicht gegen die Fürstenfamilie, aber ich bin gegen die Verfassungsvorschläge des Fürstenhauses», so sein Fazit.



«Scheut nicht das Nein!»

Kritiker der fürstlichen Initiative appellierten an Teilnehmer des Sonderparteitags

VADUZ – Mit Spannung erwartet wurden gestern beim FBP-Sonderparteitag die Voten der Kritiker des fürstlichen Verfassungsvorschlags. Guido Meier, der ehemalige FBP-Fraktions-sprecher und Carl Walser, der ehemalige FBP-Partei-sekretär legten sachlich ihre Sicht der Dinge den hundert Zuhörern dar.

• Wolfgang Zechner

Hart ins Gericht sowohl mit der Verfassungsinitiative des Fürsten als auch mit der eigenen Partei ging erstmals der ehemalige Fraktions-sprecher Guido Meier in seinem Votum. «Es darf nicht sein», so Meier, «dass ein moderner Staat und ein Volk im 21. Jahrhundert wesentliche demokratische Errungenschaften und rechtsstaatliche Garantien seiner Verfassung aufgibt, nur weil das Staatsoberhaupt droht, ansonsten seinen Wohnsitz ins Ausland zu verlegen und seine Verantwortung und Aufgaben nicht wahrzunehmen.» Das, so Meier, dürfe man nicht akzeptieren. «Wir sind jetzt drauf und dran, unseren demokratischen Rechtsstaat zu schwächen – das haben dutzende renommierte internationale Verfassungsjuristen im In- und Ausland festgestellt», appellierte Meier an die Zuhörer. Meier warnte davor, dass der Fürst mit der von ihm vorgeschlagenen Verfassungsänderung alle drei Staatsgewalten in den Griff bekomme. «Das wäre mehr Macht, als alle Staatsoberhäupter Europas, Demokratien und Monarchien inbegriffen», so sein Nachsatz.

«Gift für unsere Selbstachtung»

An einigen Kernproblemen macht Meier seine Kritik an der fürstlichen Initiative fest. Erstens warnte Meier davor, dass «der Fürst in Zukunft die Gesamtregierung jederzeit nach seinem Gutdünken entlassen kann». Er brauche, so Meier, in Zukunft nicht einmal mehr einen Entlassungsakt. «Kann so eine Regierung überhaupt noch eine Position des Volkes gegenüber dem Fürsten im Interesse des Landes wirklich vertreten?», rief Meier



«Scheut euch nicht, ein Nein in die Urne zu werfen», so Guido Meier.



Carl Walser rührte gestern die Werbetrommel für ein «Ja» zum Verfassungsfrieden.

fragend in den Vaduzer Saal. Einen weiteren Knackpunkt ortete Meier in der Frage der Richterernennung: «Sämtliche Richter wird der Fürst letztendlich auswählen können durch ein von ihm dominiertes Gremium, in dem er das absolute Vetorecht hat.» Mit fester Überzeugung in seiner Stimme stellte er den Delegierten die rhetorische Frage, ob sie das wollen würden: «Wollt ihr das wirklich, dass euch der entscheidende Einfluss auf die Richterwahl praktisch weggenommen wird?» Sein düsteres Fazit formulierte Meier mit markigen Worten: «Diese Verfassungsänderungsvorschläge unterhöheln unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat, nehmen uns unsere Selbstachtung als Volk und nehmen uns die Achtung der anderen Mitglieder der demokratischen Staatengemeinschaft.» Die Parteiführung der FBP griff Meier direkt an: «Die Regierung und die Parteileitung verstricken sich in ihren widersprüchlichen Argumenten. Sie handeln gegen ihre Überzeugung und werden dadurch unglaubwürdig.» Ohne Fürst sind wir nichts. Dieser Spruch, der Landtagspräsident Klaus Wanger zugeordnet wird, stösst bei Meier auf völliges Unverständnis: «Dieser tragische Spruch unseres obersten Volksvertreters ist Gift für unsere Selbstachtung als Volk,

unterminiert die geistigen und emotionalen Grundlagen unseres Staatsbewusstseins und bringt uns in bedingungslose Abhängigkeit.» Sein Rede beendete Meier mit einem leidenschaftlichen Schlussappell: «Beide, Fürst und Volk, haben einander viel zu verdanken und können einander auch weiterhin viel geben. Scheut euch aber nicht; gegen diese Fürsteninitiative und auch gegen die Parole unserer Partei ein Nein in die Urne zu werfen – für die wahre Stärkung unserer Demokratie, für unseren Rechtsstaat, unsere Institutionen Landtag, Gerichte und Regierung, für den langfristigen Bestand unserer Monarchie, für Gott, Fürst und Vaterland.» Seine Schlussworte gingen im Vaduzer Saal aber ein wenig unter. Zahlreiche Zuhörer, die an Meiers Ausführungen offenbar keinen grossen Gefallen finden konnten, verliessen ihrem Unmut kräftig Ausdruck. Pfiffe und Buhrufe wurden bislang so laut, dass Parteipräsident Johannes Matt um Ruhe bitten musste. Einzig Meier liess sich durch die Störaktionen nicht aus der Ruhe bringen.

Aufruf zur Fairness

Als Aufruf zur Fairness, Sachlichkeit und Respekt wollte Carl Walser, der ehemalige FBP-Partei-

sekretär, sein Votum verstanden wissen. Walser, der sein Referat unter das Motto «In Sorge um die FBP – in Verantwortung für Liechtenstein» stellte, sprach auch gleich Klartext: «Mit vielen Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern bin ich gegen eine Machtverschiebung zugunsten des Fürstenhauses. Ich unterstütze uneingeschränkt die Friedensinitiative, welche eine Machtverschiebung zu Gunsten des Volkes vorsieht.» Mit Sorge, so Walser, sehe er den Riss, der durch die Bevölkerung, durch Familien, Freundschaften, durch Berufs- und Geschäftsbeziehungen und nicht zuletzt auch durch die FBP gehe. Walser, ein Mitinitiant der Friedensinitiative, argumentierte in der Sache ähnlich wie sein Vorredner. Des Pudels Kern liegt für Walser in der Annahme der Friedensinitiative versteckt. «Die Waage des Dualismus würde sich mit einer Annahme der Friedensinitiative zugunsten des Volkes verschieben, wir hätten unsere Rechte gesichert. Fürst, Volk, Landtag, Regierung und Parteien hätten nach dem 16. März die Möglichkeit, alle politischen Fragen ohne Drohung anzugehen. Ich bin überzeugt, dass das Fürstenhaus diese Entscheidung des Volkes mittragen würde», so sein Fazit.

«Friedensinitiative ist keine Alternative»

Renate Wohlwend plädierte für ein «Ja» zur fürstlichen Verfassungsinitiative

VADUZ – Nachdem ihre Vorredner Carl Walser und Guido Meier ihre tiefen Vorbehalte gegen die fürstliche Verfassungsinitiative geäussert hatten, trat die Europaratsabgeordnete Renate Wohlwend ans Rednerpult. Ihre Botschaft war klar: ein «Ja» zur Fürsteninitiative.

• Wolfgang Zechner

Sie sehe die Problematik, so Wohlwend, anders als ihre beiden Vorredner, vertrete daher einen anderen Standpunkt, werte anders und gelange deshalb zu einer anderen Schlussfolgerung. Für Wohlwend stellt die Friedensinitiative keine Alternative dar: «Wie kann ich ohne Rücksprache oder zumindest ohne Informationsgespräch mit Seiner Durchlaucht ein derart wichtiges Thema angehen, im Wissen, dass gerade ein Kompromiss

mit anders lautenden Texten zustande gekommen war? Die Befürworter der Friedensinitiative sind nicht Befürworter des Dualismus, der unsere Staatsform prägt», so die Europaratsabgeordnete. Wohlwend warf den Gegnern der

Initiative von Fürst und Erbprinz vor, «an den Grundfesten unseres ganz speziell ausgeprägten Dualismus herumzulaborieren». Und Wohlwend weiter: «Im Eifer des Sich-gegenseitig-Angiftelns bemerkten und bemerken viele



Renate Wohlwend appellierte gestern an alle Anwesenden, der fürstlichen Verfassungsinitiative zuzustimmen.

Kritiker gar nicht mehr, dass ihre Äusserungen selbst zerstörend für unser Land sind.» Auch erinnerte die Europaratsabgeordnete an die ihrer Meinung nach falschen Schlüsse der Venedig-Kommission. Das Gutachten ist fehlerhaft, so Wohlwend, die sich auch erleichtert darüber zeigte, dass es zu keiner dringlichen Debatte im Europarat zum Thema gekommen war. Eine solche Debatte hätte, so Wohlwend wörtlich, «vernichtend für unser Land» sein können. Zum Schluss appellierte sie noch einmal an alle Anwesenden sich für ein «Ja» zur fürstlichen Initiative auszusprechen: «Diejenigen von uns, die weiterhin in einer Monarchie gedeihlich leben wollen, mit einem Monarchen, der nicht nur Pflichten und Lasten, sondern auch Rechte hat, sollten sich mit einem «Ja» aussprechen.»